

V-2 Zukunft ländlicher Raum 4.0

Gremium:	LAG Wald, Landwirtschaft und ländlicher Raum
Beschlussdatum:	03.07.2021
Tagesordnungspunkt:	8. Verschiedenes
Status:	Modifiziert

Antragstext

1 Ökologisch nachhaltig, sozial gerecht und zukunftsfähig!

2 In Nordrhein-Westfalen werden bis 2030 fast eine halbe Million Menschen weniger
3 leben als heute. Das zeigen demografische Prognosen[1]. Städte wie Köln oder
4 Münster werden trotzdem wachsen. Verlierer wird der ländliche Raum sein, vor
5 allem Südwestfalen und Teile von Ostwestfalen-Lippe. Denn dort kommt zum
6 demografischen Wandel noch die Landflucht dazu. Junge Menschen ziehen in die
7 Metropolen, um dort die Vielfalt der Bildungs-, Berufs-, Freizeit- und
8 Entwicklungsmöglichkeiten zu nutzen. Dies führt zwangsläufig zu einer
9 allmählichen Überalterung der betroffenen ländlichen Gebiete. Schon bald könnte
10 in einigen Regionen jede/r dritte Einwohner*in älter als 65 Jahre sein.[2] Den
11 Unternehmen stehen dann nicht mehr genug Fachkräfte zur Verfügung.
12 Steuereinnahmen würden sinken und damit wiederum die Investitionsmöglichkeit der
13 Kommunen in die Infrastruktur. Dabei beklagen heute schon viele ländliche
14 Regionen Mängel in der Infrastruktur: Unzureichende Angebote in der
15 Nahversorgung und im ÖPNV, Funklöcher, niedrige Bandbreiten und auch die
16 gesundheitliche Versorgung gerät immer mehr unter Druck - ein Mangel an
17 Hausärzt*innen und dezentralen Gesundheitsversorgungsstrukturen ist bereits
18 jetzt schon vorhanden. Neben der demographischen Entwicklung stehen die
19 ländlichen Regionen aber auch durch Klimakrise und Artensterben vor enormen
20 Herausforderungen. Dürren und Wetterextreme bedrohen Ernten und Natur.

21 Die sozial-ökologische und digitale Transformation der Gesellschaft bietet große
22 Entwicklungschancen für den ländlichen Raum. Gehen wir diesen Umbauprozess jetzt
23 ganzheitlich und mit Weitblick an, so werden die ländlichen Regionen davon enorm
24 profitieren.

25 Eine bürgerorientierte dezentrale Energiewende bietet große Chancen für mehr
26 Wertschöpfung und zusammen mit klimaneutralem Tourismus wird die Klimawende auf
27 dem Land eine Erfolgsgeschichte. Die Mobilitätswende ermöglicht eine gute
28 Anbindung an die Metropolen und mehr Unabhängigkeit vom eigenen Auto. Die
29 sozial-ökologische Transformation der Land- und Ernährungswirtschaft führt durch
30 die Wiederbelebung regionaler Wirtschaftskreisläufe zu mehr Wertschöpfung. Und
31 die Digitalisierung bewirkt, dass Büroarbeit, Bildung und Teilhabe von überall
32 möglich ist – aus dem Homeoffice, Coworking-Space im Dorfzentrum oder direkt in
33 der Natur. Mit digitalen Technologien können dann auch kleine Geschäfte im Dorf
34 große Einkaufserlebnisse schaffen. Das alles spart massiv Verkehr, CO2 und
35 Ressourcen und es wird auch die Landflucht stoppen und die Städte enorm
36 entlasten. Das ist unsere Grüne Vision für den ländlichen Raum. So können wir
37 gleichwertige Lebensverhältnisse und aus Stadt-Land-Regionen klimaneutrale
38 „Zukunftsräume“ schaffen.

39 Wir Grüne NRW wollen in einem großen Beteiligungsprozess gemeinsam mit den
40 Bürger*innen der Stadt-Land-Regionen in NRW einen Masterplan für den ländlichen
41 Raum 4.0 ähnlich wie Österreich erarbeiten:

42 Unseren LOCAL GREEN DEAL.

43 Teil A) Der ländliche Raum 4.0 braucht faire Grundbedingungen:

44 1. Digitalisierung ermöglichen:

45 Ohne gleichberechtigte Breitband- und Mobilfunk-Versorgung werden
46 ländliche Regionen den Anschluss an die moderne Wirtschafts- und
47 Arbeitswelt verlieren. Dabei könnten gerade hier die Chancen der
48 Digitalisierung genutzt werden, da die Ortsgebundenheit an Bedeutung
49 verliert. Stationäre Arbeitsplätze können vielfach durch Teleheimarbeit
50 (Home-Office), virtuelle Teams, temporäre und flexible Arbeitsorte ersetzt
51 werden. Das physische Vorortsein wird durch eine digitale Präsenz
52 abgelöst, aber nur dort, wo auch eine stabile Breitband- und Funk-
53 Versorgung gesichert sind. Mit digitalen Technologien könnten auch
54 stationäre Geschäfte im Dorf wieder aufgewertet werden und gegen die
55 Konkurrenz durch E-Commerce (elektronisch) und M-Commerce (mobil)
56 bestehen. Produkte könnten im Laden nicht nur „live“ sondern auch digital
57 angeboten werden. So könnten auch in Dörfern Einkaufserlebnisse wie in der
58 Großstadt angeboten werden.

59 2. Die Gemeinschaftsaufgabe regionale Daseinsvorsorge (GRD) einführen^[3]:

60 Wie gut die Chancen und Möglichkeiten der Teilhabe vor Ort sind, hängt
61 stark von der Finanzausstattung und Infrastruktur der Kommunen ab.
62 Besonders in strukturschwachen Regionen muss hier nachgebessert werden.
63 Wir setzen uns für die Einführung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe ein,
64 die von Bund und Ländern gemeinsam getragen und geplant wird: Die
65 Gemeinschaftsaufgabe Regionale Daseinsvorsorge (GRD). Mittels eines Bund-
66 Länder-Programms „Gleichwertige Lebensverhältnisse für alle“ wollen wir
67 eine räumliche Grundsicherung einführen. Diese Grundsicherung umfasst
68 insbesondere die drei Säulen: Regionale Mobilitätsgarantie, regionale
69 Gesundheitsnetzwerke und einen Rechtsanspruch auf einen schnellen
70 Breitband-Internetanschluss. Wir Grüne NRW setzen uns ein für einen
71 Stärkungspakt öffentliche Infrastruktur und eine gesicherte Finanzierung
72 der Daseinsvorsorge.

73 3. Nahversorgung sichern:

74 In Frankreich hat jede/r Bürger*in ein Recht darauf, dass es in der
75 unmittelbaren Nachbarschaft eine Bäckerei gibt. Wir wollen einen
76 ordnungsrechtlichen Rahmen schaffen, damit der Wildwuchs von
77 Lebensmitteleinzel-/Handelsunternehmen auf der grünen Wiese gestoppt wird.
78 Zudem setzen wir uns für die Erarbeitung von regionalen
79 Nahversorgungsstrategien ein. Wir wollen Dorfkerne revitalisieren und
80 kleine Geschäfte sowie das örtliche Handwerk fördern und so eine
81 dezentrale Nahversorgung erhalten.

82 4. Gemeindefinanzierungsgesetz GFG „fair-ändern“:

83 Wir wollen, dass das GFG in seinen Grundstrukturen im Hinblick auf das
84 neue Verhältnis Land - Stadt im digitalen Zeitalter überprüft und
85 angepasst wird. Heute unterstellt das System der Einwohnerveredelung, dass

86 ein „Landbürger*in“ erheblich günstiger ist als ein*e „Stadtbürger*in“.
87 Diese Veredelung führt heute dazu, dass jede*r einzelne Einwohner*in der
88 Stadt Köln bei der Ermittlung des Finanzbedarfs fast anderthalbmal so
89 „teuer“ ist wie eine Person einer Gemeinde mit bis 25.000 Einwohner*innen.
90 Diese Bedarfsberechnung ist wissenschaftlich umstritten, denn die sie
91 basiert auf den tatsächlichen Ausgaben der vergangenen Jahre, die wiederum
92 durch die Zuweisungen der Vergangenheit beeinflusst ist. Und auch die
93 Ermittlung der Steuerkraft wird zulasten kleinerer Gemeinden verzerrt,
94 denn sie wird pauschal anhand von Durchschnittshebesätzen ermittelt, die
95 für alle Gemeinden gleich hoch sind. Realitätsnäher wäre es, die fiktiven
96 Hebesätze nach Gemeindegrößen zu staffeln. Denn obwohl Menschen auf dem
97 Land doch „günstig“ sind, wird die Urbanisierung weiter vom GFG forciert.
98 In vielen Kommunen werden Schwimmbäder abgebaut, weil ihnen schlichtweg
99 nach der Finanzierung von Feuerwehr und allen Pflichtaufgaben das Geld
100 fehlt. Auch Klima- und Artenschutz sind freiwillige Aufgaben, für die
101 vielfach keine Mittel da sind. Und auch der benötigte erhöhte Aufwand für
102 Mobilität, Digitale Infrastruktur und Gesundheitsvorsorge muss bei der
103 Umlage auf die Einwohner*innen berücksichtigt werden.

104 5. Kleine und finanzschwache Kommunen unterstützen:
105 Gerade kleinere Kommunen haben es im Wettbewerb schwer, da sie oft nicht
106 über die personellen und finanziellen Ressourcen verfügen,
107 Transformationsprozesse umsetzen zu können. Ihnen fehlt häufig das
108 Fachpersonal, um bspw. überhaupt zeitgerecht Förderanträge stellen zu
109 können. Oder es fehlen die finanziellen Mittel, um hohe Eigenanteile mit
110 einbringen zu können. Wir wollen, dass die Landesverwaltung kleinen und
111 finanzschwachen Kommunen operative Unterstützung zusichert und sie mit
112 Förderberatung (Förderlotsen) und einer anteiligen Entlastung bei den
113 Eigenanteilen unterstützt.

114 6. Umweltaufgaben der Zukunft gemeinschaftlich tragen: Die ländlichen Räume
115 übernehmen die Bereitstellung einer großen Vielfalt an
116 Ökosystemleistungen, Regulationsleistungen und kulturellen Leistungen
117 (Kulturlandschaftserhalt). Allerdings führen steigende Nutzungsansprüche
118 (Zubau Straßen/Trassen, Wohn-/Gewerbegebiete, Erneuerbare Energien, etc.)
119 und Konkurrenz um Arbeitsplätze und Einwohner*innen unter den Kommunen zu
120 einer zunehmenden Intensivierung der Flächennutzung. Das „Naturkapital“
121 ist deshalb an vielen Stellen erheblich gefährdet. Um die langfristige
122 Bereitstellung der vielfältigen Ökosystemleistungen zu sichern, benötigen
123 wir eine ganzheitliche Nachhaltigkeitsstrategie mit einer finanziellen
124 Bewertung des Naturkapitals. Die Bewahrung von Artenvielfalt, Boden,
125 Flächen, Wasser ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das Leitbild
126 „Green Regions“ – aus Australien und den USA stammend - erkennt an, dass
127 die ländlichen Räume zahlreiche Ausgleichs- und Schutzfunktionen für eine
128 dominant städtische Gesellschaft übernehmen und eine Vielzahl naturnaher
129 Ökosysteme beherbergen und dass dies entsprechend honoriert werden
130 muss[4]. Für ein derartiges Leitbild wollen wir Grüne uns einsetzen.
131 Ökosystemleistungen des ländlichen Raumes sollten bspw. in den heutigen
132 Schlüsselzuweisungen oder über Pauschalen auch „bezahlt“ werden. Und
133 genauso ist der Erhalt von Kulturlandschaften als Kulturleistung zu
134 bewerten und muss ähnlich wie Museen und Konzerthäuser in den Metropolen
135 gesamtgesellschaftlich getragen werden. Für die kommunalen

136 Aufgabenbereiche, die mit der Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen
137 (sustainable development goals) und Klimaschutzzielen einhergehen, braucht
138 es auf kommunaler Ebene eine systematische Bereitstellung von
139 Personalstellen – ausreichend finanziert aus Landes- oder Bundesmitteln.

140 7. Bodenschutzstrategie, Flächenmanagement und Bauland-Monitoring: Der
141 Flächenfraß geht in NRW seit der Aufhebung des 5-ha-Grundsatzes im
142 Landesentwicklungsplan (LEP) durch die CDU-FDP-Koalition ungesteuert
143 weiter. Treiber des Flächenverbrauchs ist hier seit Jahren der ländliche
144 Raum, bzw. die politischen Entscheidungsträger*innen vor Ort. Die in
145 Flächenkonkurrenz stehenden Kommunen beschleunigen den Verbrauch durch
146 Unterbietungswettbewerbe für neue Gewerbe- und Wohngebiete enorm. Wenn wir
147 so weiter machen, verfügen wir in NRW in rund 200 Jahren über keinen Grund
148 und Boden mehr als Ernährungsgrundlage. Wir Grüne wollen Instrumente für
149 einensparsameren Flächenverbrauch (kurzfristig 5-ha-Ziel und mittelfristig
150 – noch vor 2050 - 0 ha) und eine Flächenkreislaufwirtschaft entwickeln.
151 Dazu brauchen wir eine Neuausrichtung von Raumordnung bzw. Raumplanung,
152 Baurecht und Wohnbauförderung mit dem Ziel, Flächen zu sparen und den
153 Bodenverbrauch pro Tag zu beschränken. Es braucht geeignete rechtliche
154 Grundlagen, um die bessere Nutzung von bestehenden bebauten Flächen zu
155 ermöglichen. Wir fordern ein Bauland-Monitoring, womit die Verfügbarkeit
156 von Flächen sowie der Entwicklungs- und Realisierungsstand bei
157 Flächenmobilisierungen überprüft werden. Für den Schutz vor allem
158 wertvoller landwirtschaftlicher Fläche brauchen wir ein Planzeichen
159 landwirtschaftliche Fläche und ein gezieltes Flächenschutzmanagement. Dazu
160 gehört die Erhebung von Baulücken (Baulückenkataster) und Leerstand. Wir
161 fordern steuerliche Anreize und Förderungen zur Revitalisierung alter,
162 leerstehender Bausubstanzen im Gegensatz zu einer Verbauung auf der grünen
163 Wiese, z.B. durch steuerliche Änderung der Eigenheimförderung - weg von
164 Neubau hin zum Kauf und Umbau von Altimmobilien. Sämtliche
165 Ausgleichsflächen aus der Bauleitplanung der Kommunen sind zukünftig wie
166 die privaten Maßnahmen in einem Kataster öffentlich darzustellen.

167 Wir wollen den Aufschwung aktiv voranbringen – Heimat reloaded

168 1. Dorfbüroprogramm 4.0:
169 Immer mehr Menschen im ländlichen Raum arbeiten mittlerweile zumindest
170 zeitweise im Home-Office. Doch oft sind die Möglichkeiten nicht optimal,
171 im Home-Office berufliche Arbeit von Privatem klar abzugrenzen oder es
172 gibt keine gute digitale Büro-Infrastruktur. Hier können Coworking Spaces
173 bzw. anmietbare Einzelarbeitsplätze in den Dörfern eine gute Lösung sein.
174 Wir Grüne wollen für den Aufbau solcher Büros in den Dorfzentren unter
175 Nutzung von Leerständen ein spezielles Dorfbüroförderprogramm (ähnlich
176 Rheinland-Pfalz[5]) aufsetzen. So können wir die Dorfzentren aktiv beleben
177 und Kaufkraft in die Dörfer bringen. Gaststätten und die kleinen Läden
178 könnten davon sehr profitieren. Jeder ersparte Weg entlastet die
179 Ballungsräume, reduziert die Mobilitätsanforderungen und spart CO2-
180 Emissionen. Gleichzeitig schaffen wir Anreize, im ländlichen Raum zu
181 leben.

182 2. Runder Tisch „Zukunft der Arbeit Land-Stadt“:
183 Eine aktuelle Studie zeigt, im Mittel rechnen die Arbeitgeber*innen mit

184 einem langfristigen Anstieg der Homeoffice-Tage um 65 % zu vor der Corona-
185 Krise und einem Abbau von Büroflächen von rd. 20%. Und auch viele
186 Konferenzen werden nach Corona weiter digital oder zumindest hybrid
187 stattfinden. Für den ländlichen Raum ist das eine zu begrüßende
188 Entwicklung, denn so ist Arbeit und Teilhabe ohne lange Anfahrtswege bspw.
189 mitten in der schönsten Natur möglich. Zusammen mit der Politik und den
190 großen Arbeitgeber*innen in den Städten und umliegenden Landkreisen wollen
191 wir die Infrastrukturanforderungen für die Arbeits- und Teilhabemodelle
192 4.0 definieren und passgenau aufsetzen. Denn egal ob Homeoffice,
193 Coworking-Spaces oder Dorfbüros, das Thema des dezentralen Arbeitens muss
194 zusammen mit dem Thema Mobilität und dem Ausbau der ÖPNV Infrastruktur
195 gedacht werden. Damit eine klimafreundliche Transformation der Arbeit
196 gelingt, brauchen wir Anreizsysteme für die Betriebe, auf gute dezentrale
197 Arbeitsmodelle zu setzen (z.B. Neukonzeption der Pendlerpauschale ggf. mit
198 Unternehmensbeteiligung, ein Rechtsanspruch auf Homeoffice, etc.), in
199 Dorfbüros zu investieren oder dort Arbeitsplätze anzumieten. Der nicht
200 mehr benötigte Büroraum könnte dann zeitnah in Wohnraum umgebaut werden.
201 Beispielsweise wäre es ggf. sinnvoll, anders als bei der Pendlerpauschale,
202 nicht das Pendeln, sondern den Wohnwechsel zu fördern.

203 3. Mobilität 4.0: Die Wege im ländlichen Raum sind weit. Auch wenn wir durch
204 digitale Arbeits-/Teilhabeformen und mobile Infrastrukturen Arbeit,
205 Familie, Freizeit und Versorgung wieder näher zusammenbringen und dadurch
206 den Zwang zu Mobilität reduzieren können, brauchen wir im ländlichen Raum
207 eine neue Mobilitätspolitik, die bezahlbare, zuverlässige und
208 klimafreundliche Mobilität für alle Menschen sicherstellt. Dafür braucht
209 es mehr Alternativen zum individuellen Auto – wissend, dass es auch
210 weiterhin von Bedeutung sein wird. Vergleichsweise schnell zu
211 reaktivierende Bahntrassen, höhere Taktungen und Haltepunkte sind zeitnah
212 umsetzbar. Buslinien müssen regional und nicht auf Stadtgrenzen begrenzt
213 gedacht werden. Wir brauchen Schnellbuslinien von und zu wichtigen
214 Knotenpunkten (z.B. von Park/Bike & Ride Plätzen zur Innenstadt) und
215 hierfür ein einheitliches Verbundsystem. Dies erfordert auch den Ausbau
216 von trockenen Wartebereichen. Der ÖPNV / SPNV muss in Kombinationen mit
217 dem Radverkehrsnetz und weiteren alternativen Angeboten (z.B. Rufsysteme,
218 Mitfahrerbanken) so aufgewertet werden, dass Menschen gerne das Auto stehen
219 lassen. Hierzu fordern wir eine erleichterte Mitnahmemöglichkeit von
220 Fahrrädern in Bussen. Barrierefreiheit muss dabei mitgedacht werden. Für
221 den ÖPNV als Teil der Daseinsvorsorge setzen wir uns für die Verlagerung
222 der Gesamtverantwortung, Finanzierung und Ausgleich von Defiziten auf den
223 Bund ein.

224 4. Regionale Gesundheitsnetzwerke:
225 Besonders der Zugang zu Ärzt*innen und pflegerischen Einrichtungen muss
226 gesichert sein. Allgemeine Versorgungszentren, Gemeinschaftspraxen von bei
227 der Kommune angestellten Ärzt*innen, telemedizinischer Notdienst oder auch
228 Arztbusse/ mobile Fahrdienste können Schritte zur Lösung des Problems
229 sein, Ziel sollte der Erhalt einer dezentralen Gesundheitsversorgung sein,
230 denn lange Wege zu zentren-orientierter Versorgung machen es insbesondere
231 für alte Menschen schwierig, diese aufzusuchen. Der Schlüssel für alle
232 dies sind regionale Gesundheitsnetzwerke (Gesundheitsregionen). Damit
233 können flexible Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort geschaffen, die

234 Sektorengrenzen und deren Fehlanreize überwunden und eine auf die
235 jeweiligen Bedürfnisse abgestimmte und vernetzte Versorgung ermöglicht
236 werden. Krankenkassen, ambulante Gesundheitseinrichtungen und
237 Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Hebammen, Apothekerinnen und Apotheker
238 sowie therapeutische Berufe arbeiten in Gesundheitsregionen Hand in Hand
239 zusammen. Mobilitätsangebote sind besser mit Angeboten von Gesundheits-
240 und Pflegeeinrichtungen zu verzahnen, damit Fahrpläne und Öffnungszeiten
241 aufeinander abgestimmt sind.

242 5. Regionalisierungsstrategie und Landesprogramm „regionale Wertschöpfung“:
243 Regionale Wertschöpfungsketten vom Acker bis zum Teller sind für eine
244 sichere Nahversorgung und im Kampf gegen die Klimakrise existenziell. Wir
245 wollen die regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung stärken und
246 so das Höfesterben stoppen und eine regionale möglichst nachhaltige und
247 gesunde Versorgung sichern. Dafür wollen wir ein Landesprogramm „regionale
248 Wertschöpfung“ aufsetzen. Wo regionale Strukturen (z.B. Metzgereien,
249 Bäckereien) fehlen, wollen wir den Aufbau unterstützen. In öffentlichen
250 Einrichtungen wollen wir verstärkt regionale und ökologische Produkte
251 verwenden. So schaffen wir Nachfrage und faire Preise. Eine landesweite
252 EinkaufsApp und Regionalsiegel unterstützen wir. Ziel ist es, die Städte
253 in NRW möglichst viel mit nachhaltig erzeugten Lebensmitteln aus den
254 ländlichen Regionen im Umland direkt versorgen zu können. Dafür brauchen
255 wir Förderprogramme für die Erstellung und Umsetzung von
256 Regionalisierungskonzepten in den Kommunen/Kreisen (analog
257 Klimaschutzkonzepte) und für den Aufbau von Wertschöpfungszentren sowie
258 regionalen Ernährungssystemen. Wir wollen Modellregionen „Regional Plus“
259 (regional und besonders artgerecht/umweltfreundlich^[6]) und
260 Ökomodellregionen fördern und so den regionalen und ökologischen Landbau
261 ausbauen.

262 6. Ambitionierte Ausbauziele für Erneuerbare Energien unter
263 Bürgerbeteiligung:
264 Wir wollen, dass der Ausbau von Erneuerbaren Energien auch unter den
265 Bürger*innen eine hohe Akzeptanz findet und aktiv vorangetrieben wird.
266 Dazu wollen wir eine angemessene Bürger*innenbeteiligung an der
267 Wertschöpfung und an den Planverfahren sicherstellen. Es soll mehr
268 Wertschöpfung in den Kommunen bleiben und Landwirtschaft, Kommunen und
269 Bürger*innen müssen davon unmittelbar profitieren können. Anwohner*innen
270 sollten direkt vergünstigten Strom von regionalen Wind-, Biomasse- und
271 Solaranlagen beziehen können. Bei Windparks wurden mit der am 1.1.2021 in
272 Kraft getretenen EEG-Novelle diese Zahlungen von den Betreiber*innen an
273 die Kommunen nur auf freiwilliger Basis umgesetzt. Das wird nicht
274 ausreichen. Wir Grüne setzen uns hier für verpflichtende Konzepte ein.
275 Auch ein Bürger*innen-Energiefonds kann genossenschaftliche Projekte
276 fördern. Damit Behörden vor Ort Genehmigungen zügig erteilen können,
277 müssen endlich bundesweite Standards für die Koexistenz von Windenergie,
278 Freiflächen-PV und Naturschutz aufgestellt werden.

279 7. Familienbetriebe stärken:
280 Eine aktuelle Studie zeigt^[7], dass in ländlichen Regionen, in denen es
281 viele Familienunternehmen gibt, die jungen Menschen weniger abwandern, der
282 Wohlstand und die Ausbildungsquote höher und die Arbeitslosigkeit

283 niedriger ist. Denn gegenüber Großkonzernen sind Familienunternehmen in
284 ihren Heimatregionen fest verwurzelt und übernehmen gesellschaftliche
285 Verantwortung vor Ort. Wir Grüne wollen Familienbetriebe und diese Kultur
286 der Selbständigkeit erhalten und stärken. Aber Familienbetriebe haben es
287 zunehmend schwer, ihren Grundsätzen trotz Wachstumszwängen in
288 globalisierten Märkten treu zu bleiben. Insbesondere in der Landwirtschaft
289 aber auch im Lebensmittelhandwerk bedingen Betriebsentwicklungen oft
290 Betriebsaufgaben in der Nachbarschaft und tragen so zu sozialen Konflikten
291 in den Familien und Dörfern bei. Die vielen Suizide und Burn-Out-Diagnosen
292 in der Landwirtschaft wollen wir ernst nehmen und hierzu vermehrt
293 Forschung ermöglichen. Unternehmenskrisen bspw. auf Grund von
294 Generationskonflikten wollen wir durch kostenlose sozioökonomische
295 Beratungen unterstützen. Dazu setzen wir uns für einen Lehrstuhl
296 Wirtschaftssoziologie / Agrarsoziologie ein. In der Ausbildung müssen auch
297 Themen der Sozioökonomie und Kommunikation Pflichtfach sein.

298 8. Anreize für die Wirtschaft und Menschen schaffen:
299 Wir wollen Unternehmensgründungen und -nachfolge im ländlichen Raum
300 insbesondere durch Frauen speziell fördern und bessere Anreize für
301 Fachkräfte schaffen. Ziel ist, eine aktive Ansiedlung und Förderung von
302 grünen Start Up`s, die Errichtung von Gründungszentren und die Einrichtung
303 von Innovationshubs in den ländlichen Räumen, in denen Unternehmen, Start-
304 ups und Wissenschaftseinrichtungen räumlich nah beieinander angesiedelt
305 sind, wodurch der Wissensaustausch gefördert wird. Wir wollen Coworking
306 Spaces und Wirtschaftscluster unter Nutzung der regionalen Ressourcen
307 (z.B. Holzcluster, Bioökonomie) im ländlichen Raum fördern. So wollen wir
308 Kompetenzzentren im ländlichen Raum mit guter ÖPNV-Anbindung schaffen, die
309 wiederum die Möglichkeit bieten, dass dort auch überregionale
310 Großveranstaltungen stattfinden können. Zusätzliche Arbeitsplätze in den
311 neu etablierten Einrichtungen schaffen attraktive Perspektiven für
312 HochschulabsolventInnen in der Region. Auch wollen wir fördern, dass
313 bäuerliche Familienbetriebe, Sozialträger und Institutionen mit Green
314 Care-Angeboten (z.B. tiergestützte Therapie, soziale Projekte auf dem
315 Bauernhof) zusammen neue innovative Wege gehen.

316 9. Ansiedelung von Behörden in strukturschwachen Regionen:
317 Die Ansiedelung von Bundes- und Landeseinrichtungen sowie ausgelagerten
318 Organisationen in Regionen ist ein wirksames Instrument der
319 Strukturpolitik. Durch Dezentralisierung von Behörden Bildungs- und
320 Kulturstätten, Einrichtungen der Jugendhilfe, zentrale Klima- und
321 Umweltforschungseinrichtungen o.ä. wollen wir Impulse geben. Eine
322 Möglichkeit ist z.B. der Aufbau einer Fakultät zur ökologischen
323 Waldforschung und Weiterbildung von Waldarbeiter*innen an der
324 Fachhochschule Südwestfalen – bei 1 Mio. Hektar Wald und über 200.000
325 Waldbesitzer*innen verfügt NRW über kein Institut zur
326 waldbaulichen/forstlichen Forschung und Lehre. Dafür braucht es auch von
327 Bundes- und Landesseite eine klare und transparente Strategie für die
328 Verteilung neuer oder der Erweiterung bestehender Bundeseinrichtungen und
329 Institutionen.

330 10. Ökosoziale Transformation gerecht gestalten:
331 Der Wandel zu einer klimagerechten Gesellschaft wird uns nur gelingen,

332 wenn alle Menschen auf diesem Weg mitgenommen werden, denn ein relevanter
333 Teil der Landbevölkerung lebt mit kleinen Einkommen in größerem
334 Wohneigentum, heizt mit Öl oder Gas und ist fast vollständig auf das
335 eigene Auto angewiesen, darunter überdurchschnittlich viele ältere
336 Menschen. Die Anschaffung von emissionsfreien Autos, die energetische und
337 barrierefreie Sanierung von Wohnhäusern und die Umstellung von alten
338 Ölheizungen erfordern erhebliche Investitionen. Trotz hoher Förderungen
339 ist das nicht für alle ohne weiteres zu stemmen. Deshalb muss Klimapolitik
340 und Umweltschutz sozial ausgewogen sein und auf die Unterschiede zwischen
341 Ballungsräumen und dem Land Rücksicht nehmen. Dementsprechend wollen wir
342 Kompensationsmaßnahmen prüfen, die die Bedingungen im ländlichen Raum
343 besser berücksichtigen wie bspw. die Berücksichtigung grauer Energie,
344 degressive KFZ-Steuer nach Alter des Autos, CO2 Abdruck alter Gebäude
345 ganzheitlich sehen, Kompensationen für CO2-Abgabe wo Alternativen fehlen.
346 Wir werden gezielte Programme für die Sanierung des Eigenheimbestands und
347 Umbau zu Mehrgenerationenhäuser entwickeln, die neue Finanzierungsmodelle
348 für Härtefälle und systematische Unterstützung bei der Umsetzung der
349 Sanierung verbinden. Umweltgerechtigkeit ist das Maß unserer Politik: wir
350 denken sozial gerechte und ökologisch zukunftsorientierte Maßnahmen
351 zusammen und werden z.B. durch einen Masterplan Umwelt und Gesundheit
352 diese Schnittstellen bearbeiten.

353 11. Mehr Teilhabe für die ländliche Bevölkerung:
354 Für Menschen im ländlichen Raum ist es sehr aufwändig, politische Teilhabe
355 auf Landesebene auszuüben. Dazu haben kleinere Kommunen und Menschen auf
356 dem Land häufig keine ausreichenden Kapazitäten und Vernetzungen, um ihre
357 Interessen anzumelden oder Förderungen wahrzunehmen. Wir wollen eine
358 effektive gleichwertige Teilhabe der Landbevölkerung an politischen,
359 gesellschaftlichen Prozessen über die Nutzung der digitalen Möglichkeiten
360 garantieren. Das fördert die Interaktion zwischen Land und Stadt. Außerdem
361 wollen wir mehr Austausch zur Meinungsbildung und eine neue
362 Einladungskultur etablieren (Runde Tische, Partnerstädte Land/Stadt). Der
363 aktuelle Zuwachs der städtischen Bevölkerung führt zunehmend zu
364 veränderten Zuschnitten der Wahlkreise aufgrund veränderter
365 Einwohner*innenzahlen. Das lässt ländliche Räume noch mehr ins
366 Hintertreffen geraten und auch hier entsteht ein Teufelskreislauf. Im
367 ländlichen Raum sind Ehrenamt und Vereinswesen eine wesentliche Säule der
368 Gesellschaft (z.B. Sport- und Musikvereine, Bürgerbusse). Damit dies auch
369 in Zukunft trägt, setzen wir uns für eine deutliche Stärkung des
370 Ehrenamtes durch steuerfinanzierte Rentenzuschüsse/ -anerkennungsjahre und
371 die Anhebung der steuerlichen Freibeträge von Aufwandsentschädigungen ein.
372 Das Vereinswesens wollen wir stärken und die Integration in Schule
373 unterstützen. Auch die soziale Infrastruktur muss im ländlichen Raum
374 gestärkt werden.

375 [\[1\]https://www.tagesschau.de/wirtschaft/metropolen-wachstum-prognose-101.html](https://www.tagesschau.de/wirtschaft/metropolen-wachstum-prognose-101.html)

376 [\[2\]https://presse.wdr.de/plounge/radio/wdr5/2018/03/20180301_stadtgesprach_wer-](https://presse.wdr.de/plounge/radio/wdr5/2018/03/20180301_stadtgesprach_wer-)
377 [ohl.html](https://presse.wdr.de/plounge/radio/wdr5/2018/03/20180301_stadtgesprach_wer-ohl.html)

- 378 [\[3\]https://www.gruene-](https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/mobilitaet/pdf/autoren-papier-mobilitaet-im-laendlichen-raum.pdf)
379 [bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/mobilitaet/pdf/autoren-](https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/mobilitaet/pdf/autoren-papier-mobilitaet-im-laendlichen-raum.pdf)
380 [papier-mobilitaet-im-laendlichen-raum.pdf](https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/mobilitaet/pdf/autoren-papier-mobilitaet-im-laendlichen-raum.pdf)
- 381 [\[4\]https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/oekonomie/Dokumente/BMU_2010_zukunftsperspek-](https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/oekonomie/Dokumente/BMU_2010_zukunftsperspektiven_laendlicher_raeume.pdf)
382 [tiven_laendlicher_raeume.pdf](https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/oekonomie/Dokumente/BMU_2010_zukunftsperspektiven_laendlicher_raeume.pdf)
- 383 [\[5\]https://dorfbueros-rlp.de/](https://dorfbueros-rlp.de/)
- 384 [\[6\]https://www.regionalbewegung.de/projekte/regional-plus-in-nrw/](https://www.regionalbewegung.de/projekte/regional-plus-in-nrw/)
- 385 [\[7\]https://www.familienunternehmen.de/de/pressebereich/meldungen/2020/2020-08-](https://www.familienunternehmen.de/de/pressebereich/meldungen/2020/2020-08-31/familienunternehmen-im-laendlichen-raum)
386 [31/familienunternehmen-im-laendlichen-raum](https://www.familienunternehmen.de/de/pressebereich/meldungen/2020/2020-08-31/familienunternehmen-im-laendlichen-raum)